

Medienkonferenz Alliance Sud vom 11. September 2018

Steuervorlage 17: Den Entwicklungsländern den Stöpsel ziehen?

Felix Gnehm, Direktor Solidar Suisse

Die Schweiz darf nicht schon wieder auf der falschen Seite der Geschichte stehen. Ein ähnliches Debakel wie das Festhalten am Bankgeheimnis droht im Bereich Steuervermeidung bzw. -- hinterziehung. Für Entwicklungsländer hat dies sehr negative Konsequenzen. Zudem bricht die Schweiz zahlreiche Verpflichtungen, die sie mit der Agenda 2030 und den globalen Entwicklungszielen der UNO eingegangen ist.

1. Die linke Hand weiss nicht, was die rechte tut: Schweizer Politikkohärenz bleibt auf der Strecke

Während das SECO in Schwellenländern hehre Pläne zu Steuerreformen unterstützt zwecks lokaler Mobilisierung von Finanzmitteln, schafft die Steuervorlage 17 neue und kreative Schweizer Steuerschlupflöcher. Insbesondere multinationale Unternehmen werden mit absurd tief gehaltenen Steuersätzen und zahlreichen Steuergeschenken in die Schweiz gelockt – beziehungsweise sie werden eingeladen, ihre Gewinne in die Schweiz zu verschieben und somit hier zu versteuern statt dort, wo sie erarbeitet werden: in armen Ländern, die dringend auf Einnahmen angewiesen sind. Fakt ist, dass das global unfaire und intransparente Steuerregime den Entwicklungsländern jährlich 100-200 Milliarden USD entzieht, was die Summe der öffentlichen Entwicklungsgelder (142 Milliarden USD 2016) deutlich in den Schatten stellt. Geht so Politikkohärenz à la Suisse? Vorne Geld sprechen, um Steuerbeamte in Afrika zu schulen, und hinten ihnen zustehende Mittel in die Schweiz kanalisieren? **Es steht der reichen Schweiz weiterhin äusserst schlecht an, Rosinen zu picken.**

2. Entwicklungsländer sind auf anständige und faire Konzernbesteuerung angewiesen

Zahlreiche Staaten in Subsahara-Afrika sind sehr stark auf Einnahmen aus Konzernbesteuerung angewiesen. In Ruanda machen Steuern seitens der Konzerne 70%, in Nigeria sogar satte 88% der gesamten Steuereinnahmen aus.

Soviel zu den Zahlen. Die zentralen Herausforderungen der ärmsten Staaten sind folgende:

- **Schlechte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen** (v. a. mineralische und nicht-mineralische Rohstoffe). Beispielsweise fehlt es an kompetenten JuristInnen für die Vertragswerke, oder den GeologInnen mangelt es an Ausrüstung und Know-how, um die vorhandenen Reserven zu schätzen. Beides führt dazu, dass Rohstoffkonzerne ganze Länder über den Tisch ziehen können.
- **Schwache Steuerämter und mangelhafte Fiskalpolitik, zusätzlich verschärft durch Steuerschlupflöcher in reichen Staaten wie der Schweiz.** Dazu kommen fehlende Kapazitäten, um Finanzdelikte sowie Geldwäscherei zu bekämpfen. Internationale Zusammenarbeit kann sinnvollerweise den Aufbau und die Stärkung von so wichtigen Institutionen wie Steuerämtern unterstützen bzw. in die Schulung von Steuerbeamten und in Know-how-Transfer investieren. Dass die Schweiz den automatischen Informationsaustausch ausgerechnet den ärmsten Ländern nicht anbietet, begründet sie auf billigste Weise damit, dass die Entwicklungsländer die Abkommen gar nicht unterzeichnet oder keine formell korrekten Anträge an die Schweiz gestellt hätten. Es gilt daher, die entsprechende eigene

Finanz- und Steuerpolitik der technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Steuerfragen so anzupassen, dass sie sich nicht gegenseitig widersprechen.

- **Steuroasen: Durch ihre Tiefststeuerangebote entziehen sie den ärmsten Ländern dringend gebrauchte Gelder.** Steuroasen liegen völlig ausserhalb der Einflussphären der Entwicklungsländer. Ihnen fehlt der Hebel, den die G20 oder die OECD diesbezüglich betätigen kann. Die Schweiz zählt dabei zu den schädlichsten Steuroasen aus Sicht der am wenigsten entwickelten Länder.

OECD-Länder nehmen im Durchschnitt Steuern in der Höhe von 34% ihres BIP ein, Entwicklungsländer weniger als die Hälfte davon (<17%). Die „Addis Tax Initiative“ hat deshalb zum Ziel, bis 2020 die Steuereinnahmen in Entwicklungsländern zu verdoppeln. Dabei handelt es sich um eine hochkarätige Initiative im Nachgang zur UNO-Konferenz „Financing for Development“ in Addis Abeba 2015. Die Schweiz ist Mitglied. Sie als einer der führenden Finanzplätze und Konzernsitz-Zentrum kann die Initiative nun unterstützen oder unterwandern. **Die Steuervorlage 17 tut Letzteres.** Auch dies ein Beispiel für – nett formuliert – mangelnde Kohärenz.

3. Unfaire Besteuerung verschärft Ungleichheit und birgt damit sozialen Sprengstoff

Das Vermindern von sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit gehört für Solidar Suisse und andere gewerkschaftsnahe Entwicklungsorganisationen seit Jahren zu den Hauptanliegen. Vom WEF, der G20 und somit auch bei der Schweiz wurde dies erst jüngst als „globales Risiko“ identifiziert. Wir begrüssen daher das Bekämpfen der Ungleichheit als Ziel in der Agenda 2030 sehr. So sollen die Einkommen der ärmsten 40 Prozent anwachsen, und dies auf nationaler Ebene. Deregulierung und Steuervermeidung der letzten Jahrzehnte haben jedoch den Effekt, Ungleichheit zu vergrössern. Denn die Steuerlast verschob sich in den letzten Dekaden weltweit von Konzernen auf Privathaushalte, womit sich die Ungleichheit verschärfte. Mittlerweile hat die Ungleichheit ein Ausmass erreicht, das zu gravierenden gesellschaftlichen Verwerfungen führen kann. Gleichzeitig sind die Gegenrezepte klar und uns Schweizerinnen und Schweizern ja auch bekannt.

- Staaten können Ungleichheit beeinflussen: Je nachdem, wie progressiv sie Einkommen besteuern, und je nachdem wie sie Mehrwertsteuern setzen, profitieren Menschen mit tiefen oder hohen Einkommen anders.
- Gefordert sind zudem globale Steuerregimes, die Transparenz fördern und Gewinnverschieberei unterbinden. Indem die Schweiz nur das Minimum der Minimalstandards des OECD-Projekts „Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)“ umsetzt, erweist sie solchen Bestrebungen einen Bärendienst.

4. Die Steuerreform 17 torpediert die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung frontal

Die Umsetzung der Agenda 2030 benötigt grosse finanzielle Investments in alle Staaten. Steuereinnahmen spielen nicht die einzige, aber eine wichtige Rolle. Die Schweiz hat es auch dabei in der Hand, ernst zu machen. Sie muss zu einem gerechten globalen Steuerregime beitragen und eine kohärente Politik leben. Das heisst AIA für alle, eine Unternehmenssteuerpolitik, die die ganze BEPS-Agenda konsequent umsetzt und in Sachen Transparenz mindestens das Niveau der EU nachvollzieht, und ein Stopp der Tiefsteuerstrategie. Dadurch werden nachweislich mehr finanzielle Mittel frei als durch Entwicklungsgelder. Folgen alle OECD-Staaten dem Modell der nationalegoistischen Steuerreform 17, wird die Agenda 2030 dramatisch scheitern.

Weitere Informationen:

Felix Gnehm, Solidar Suisse, Tel. 079 1979563, Mail: felix.gnehm@solidar.ch